

Rede zum Haushalt 2021 des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat Speyer**Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen Beigeordnete,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

am 19. November brachten Sie - Frau Oberbürgermeisterin - in einem doch überaus wechselhaften und turbulenten Jahr, ihren - mit sehr starkem sozialem Profil ausgelegten – 2. Haushaltsplan der Stadt Speyer ein. Sowohl in den zurückliegenden Jahren als auch aktuell war und ist es kein Vergnügen, eine Haushaltsrede zu gestalten ohne tragfähigen Haushalt. Dieser enthält viele fixe Ausgaben, die Einnahmen jedoch sind sehr fragil und positive Perspektiven lässt er komplett vermissen.

Erschwerend und beunruhigend zu gleich ist auch der Ausblick in das kommende Jahr, zu welchem wir noch gar nicht abschätzen können, wie sich dieses gesellschaftlich und wirtschaftlich entwickeln wird.

Und trotz aller Kraftanstrengungen und der durch die Pandemie verursachten starken Bindung von Personalressourcen in der Verwaltung, hatten wir dennoch große Hoffnung, zumindest Impulse in Bezug auf die Zielsetzung und perspektivische Richtungsentscheidung der Stadtspitze zu bekommen, wie künftig eine effektivere Aufgabenbewältigung umgesetzt werden kann und welche Maßnahmen für das wirtschaftliche Vorankommen - zur Sicherung der finanziellen Ausstattung unserer Stadt - angedacht sind.

Bisher vermisste ich generell „Zukunfts-Visionen“ des Stadtoberhauptes und wurde hierzu oft milde belächelt. Eine Fülle von Zukunftsvisionen scheinen Sie wohl zu haben – Frau Oberbürgermeisterin – die eingetretene Pandemielage hinderte Sie allerdings - nach Ihren eigenen Worten - daran, uns diese zu Beginn ihres 3. Amtsjahres zu offenbaren.

Und so ist es auch aktuell äußerst schwer, positive Worte zu einer Haushaltseinbringung zu finden, welche höhere Ausgaben und ein höheres Defizit garantiert, im Umkehrschluss aber keine Impulse setzt, dieser Entwicklung künftig Einhalt zu gebieten.

Die seit März andauernde Pandemie verlangt uns allen erhebliche Ressourcen ab und birgt enorme Risiken in vielen Bereichen. Dennoch oder gerade deshalb dürfen wir uns aber nicht vollends der aktuellen Lage bedienen, dringend benötigte Antworten auf die Frage aufzuschieben, wie wir gemeinsam gestärkt die Masse an Aufgaben und Verpflichtungen verlässlich erfüllen können und welche Chancen wir ergreifen möchten, uns finanziell unabhängiger aufzustellen, da uns auch chronisch unterfinanzierte Pflichtaufgaben - bisher wie auch künftig - politische Spielräume nehmen.

Denn auch nach dieser Pandemie müssen Aufgaben bewältigt werden und Weichen gestellt sein und ohne positive Impulse, wird sich die Einnahmensituation unserer Stadt auf keinen Fall bessern und es droht eine massive Schieflage unserer städtischen Finanzen.

Nicht unerwartet haben wir im vorliegenden Haushalt ein gewaltiges Defizit wohl eher im „zweistelligen“ Millionenbereich zu schultern und können uns der Betrachtungsweise der Kooperation von CDU, den Grünen und der SWG nicht anschließen, die sich anscheinend die Welt so macht, wie sie ihr gefällt und u. a. unrealistische Erhöhungsansätze im Gewerbesteuerbereich fordert, welche wohl fernab der Realität liegen werden und das Problem nur aufschieben. Meine Damen und Herren der Kooperation, einen leeren Sack bekommen sie auch mit solchen Mitteln nicht zum Stehen und offenbaren damit lediglich eine enorme Ideenlosigkeit, welche die FDP nicht unterstützen kann.

Selbstverständlich zollt auch hier die aktuelle Pandemie ihren Tribut, aber – meine Damen und Herren – auch eigene Versäumnisse, sich zukunftsorientiert auszurichten, schlagen sich hier nicht unerheblich nieder.

Bereits in den vergangenen Jahren waren die Haushalte später lediglich durch die boomende Konjunktur und das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum ausgeglichen darstellbar. Leider wurde in den Jahren des Booms auch alle Notwendigkeit außer Acht gelassen, Maßnahmen zur sozialen Sicherung unserer Stadt voranzutreiben oder Schulden systematisch abzubauen. Und auch der von Ihnen angesprochene Abbau der Liquiditätskredite in den Jahren 2018, 2019 und Anfang 2020 – Frau Oberbürgermeisterin – war nicht durch gezielte Maßnahmen, sondern durch Recheneffekte darstellbar.

Deren Höhe stufen wir weiterhin als überaus besorgniserregend ein, birgt sie doch erheblichen Sprengstoff im Haushaltsplan der nachfolgenden Jahre.

In den vergangenen Jahren verfiel sich die Speyerer Kommunalpolitik unaufhaltsam in der Euphorie, mit immer weitergehenden Beschlüssen den Ausbau sozialer Errungenschaften auf die Spitze treiben zu wollen und die damit einhergehenden Kosten drohen allmählich aus dem Ruder zu laufen.

Wie Anfangs erwähnt – Frau Oberbürgermeisterin – birgt auch Ihre Haushaltseinbringung ein überaus großes soziales Profil und wird unsererseits in manchen Bereichen sogar positiv aufgenommen. Gerade in einer Ausnahmesituation wie wir sie aktuell erleben, ist es überaus wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und auch zu stärken.

Lobenswert ist die zielgerichtete Verwendung der Corona-Hilfe des Landes in Höhe von ca. 1,3 Mio. EUR zu erwähnen, welche sowohl der Kultur, Selbstständigen oder auch dem Erlass von Sondernutzungsgebühren im Bereich der Gastronomie und des Handels Unterstützung gewährte und durch den sorgsamem Umgang stehen auch immer noch Mittel für Hilfen zur Verfügung.

Auch Zuwendungen an Speyerer Vereine und die Aufrechterhaltung freiwilliger Leistungen sind unabdingbar, gerade im Hinblick auf die Wahrung des sozialen Miteinanders. Umsetzbare Maßnahmen zur Hilfestellung sind durch die Verwaltung zu ergreifen und auch tragbare und zur Verfügung stehende finanzielle Mittel aufzuwenden! Hier wurde seitens der Verwaltung mitunter beispielhaft agiert um schnelle Hilfestellungen zu gewährleisten. Hier leistet die Verwaltung einen tollen Job!

Besonders schwer hat es u. a. auch den Speyerer Einzelhandel und die Schaustellerbetriebe getroffen, für welche die Verwaltung und Sie – Frau Oberbürgermeisterin - umgehend und unbürokratisch zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung umsetzen.

Aber auch unsere Gastronomieszene steht aktuell mit dem Rücken zur Wand und unser Antrag vom 24.09.2020 zur Verlängerung der Freisitzsaison und zur Aussetzung des Verbotes zum aufstellen gasbetriebener Heizpilze wurde – trotz berechtigter Einwände - mit großer Mehrheit hier im Rat unterstützt und sollte nach einer „bescheidenen“ Saison für positiven Rückenwind sorgen.

Leider machte der erneut angeordnete Lockdown im November diesen Beschluss schnell obsolet und viele Betriebe können aktuell nicht mehr abschätzen, ob sie die kommenden Monate wirtschaftlich überstehen werden und auch viel zu lange lassen die vom Bund versprochenen Hilfszahlungen auf sich warten, was auf das Schärfste zu verurteilen ist.

Auch aus diesem Grunde müssen wir umsetzbare Unterstützung leisten und wir beantragen daher eine Verlängerung des getroffenen Beschlusses bis zum Saisonbeginn 2022 und bitten nochmals eindringlich um ein positives Votum und die breite Unterstützung dieses Gremiums.

Synergien ergeben sich hierdurch auch für den Einzelhandel gerade im innerstädtischen Bereich, welcher auch durch die Maßnahmen in Form einer belebteren Innenstadt außerhalb der „Freiluftsaison“ profitiert.

Betriebe, welche um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen und in dieser Beschlussumsetzung einen Nutzen für sich erkennen, erhalten mit einer frühzeitigen Entscheidung Planungssicherheit.

Weiter bekräftigen wir auch Ihnen gegenüber unsere Forderung - Frau Beigeordnete Münch-Weinmann – endlich einen „Runden Tisch“ – aktuell selbstverständlich im Onlineformat - mit den betroffenen Unternehmern einzuberufen, um deren Sorgen und Nöte aufzunehmen und umsetzbare Maßnahmen zur Linderung der Probleme für die kommende Zeit zu besprechen. Zuviel wertvolle Zeit haben Sie bisher verstreichen lassen, welche letztendlich Existenzen kosten kann.

Lassen Sie mich kurz ein vor wenigen Tagen in der hiesigen Tageszeitung abgedrucktes Zitat des 2. Vorsitzenden der Speyerer Chorgemeinschaft, Frank Schink, wiedergeben: „Wir hungern und dürsten nach Konzerten“.

Und ich kann dieses nur unterstreichen, denn der Hunger und der Durst ist nach vielen Dingen sehr groß, welche es für die Zeit danach aufrechtzuerhalten und zu unterstützen gilt!

Auch abseits der Pandemie machen uns die chronisch unterfinanzierten und auferlegten Pflichtausgaben in vielen Bereichen gehörig zu schaffen und nehmen uns immer mehr Spielräume, wenn wir es nicht schaffen, uns wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Und hier fehlen uns entscheidende Perspektiven, Frau Oberbürgermeisterin, wie der von Ihnen sehr üppig zusammengestellte Strauß an Vorhaben künftig stabil zu finanzieren ist. Welche Verbesserungen das aktuelle Urteil des Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich mit sich bringen wird, bleibt abzuwarten. Ein entscheidendes Signal wurde seitens der Richter an die Kommunen allerdings auch gesendet, nämlich ihren Anteil zur Sanierung der Haushalte beizutragen, in dem Ausgaben gesenkt und Einnahmen erhöht werden.

Kürzungen von Schlüsselzuweisungen dürfen uns jedenfalls nicht davon abhalten, unser wirtschaftliches Vorankommen – stärker als bisher - selbst in die Hand zu nehmen, um Investitionen auszubauen.

Investieren müssen wir ohne Wenn und Aber in beste Bildung. Es ist für die Zukunftssicherung unabdingbar, KiTas und Schulen sowohl von der baulichen als auch von der technischen Infrastruktur her aufzurüsten und gerade die Versäumnisse der vergangenen Jahre und Jahrzehnte lassen die aktuell widrigen Umstände in unseren Kitas und Schulen zu Tage treten, welche es schnellstmöglich zu verbessern gilt.

Aktuell werden Kindertagesstätten aufgerüstet und neue KiTas kommen hinzu, deren bauliche Folgekosten wir als Stadt künftig auch zu tragen haben. Ein wichtiger Schritt zur sozialen Versorgung.

Wie allerdings u. a. der Beschluss zur Einführung von Frischküchen und die damit einhergehenden Mehrkosten zur bisherigen Versorgung künftig stabil gewährleistet werden können, wird mit Blick in die aktuelle Haushaltseinbringung auf die kommenden Jahre immer unsicherer.

Angestoßen durch die kommunalen Investitionsprogramme werden nun offensiv Sanierungsarbeiten an Speyerer Schulen vorgenommen sowie der Ausbau der digitalen Infrastruktur vorangebracht, nicht zuletzt durch den Digitalpakt Schule, welcher zugegebenermaßen auch Speyer in Art und Form der weiterführenden personellen Ausstattung eigene Mittel abverlangen wird und wofür wir dringend Lösungen benötigen.

Die gute Ausstattung unserer Schülerinnen und Schüler sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Denn nur dadurch kann die Chancengleichheit durch Bildung gelingen! Auch die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten in Form von Tablets – ohne Rücksicht sozialer Herkunft – muss künftig sichergestellt werden, um eine gute Ausbildung nach modernen Maßstäben zu gewährleisten.

Um dieses Thema mehr in den Fokus zu rücken und die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu unterstreichen, organisiert die FDP Speyer mit Unterstützung von Bürgermeisterin Monika Kabs auch aktuell eine Spendenaktion und alle sind herzlich dazu eingeladen, sich ebenfalls einzubringen. Sie unterstützen damit nicht die FDP, sondern direkt die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt in Form von Tablets für das tägliche Lernen. Bewusst wollten wir Worten auch Taten folgen lassen und bei so manchem Landtagskandidaten findet sich dieses Thema mittlerweile ja auch auf der Agenda ...

Wir sind nämlich stolz auf unsere Schulstadt und auch stolz, wie Kinder und Erzieher, Schüler und Lehrer aktuell die erschwerten Bedingungen durch die Pandemie – oft eigenverantwortlich - meistern und uns ist klar, dass dieses keine Selbstverständlichkeit darstellt, da die Nerven bei allen Betroffenen mehr als blank liegen und finanzielle Hilfen und Unterstützung gar nicht in dem Maße gewährleistet werden können wie sie benötigt werden.

Um auch künftig höhere Investitionen tätigen zu können, als mit Bundes- und Landesmitteln darstellbar, müssen wir uns als Stadt wirtschaftlicher aufstellen und halten auch weiterhin hinsichtlich der Bildungsinfrastruktur unsere Forderung aufrecht, dass die Umlandgemeinden an der Inanspruchnahme Speyerer Schulen nun endlich ihren Beitrag in Form einer Umlagefinanzierung leisten müssen.

Vielleicht führt ja meine folgende Ausführung dazu – ich vermeide bewusst das Wort Vision - recht schnell mit dem Umland Gespräche aufzunehmen.

Mit der Beibehaltung des bisherigen Politikstils nämlich, bittet eine Gebietsreform eher früher als später um Einlass vor unserem Stadttor.

Wir machen uns aber lieber Gedanken darüber, wie wir unsere Eigenständigkeit ausbauen und eigenverantwortlicher agieren können.

Und dieses kann unabwendbar nur mit einer künftig positiveren wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt einhergehen, indem wir die Ertragsseite durch gezielten An- und Ausbau sowie Neuansiedlung von Gewerbebetrieben zusammen mit Wohnraumentwicklung weiter voranbringen.

Und dieses wird uns nur mit der Erschließung weiterer interkommunaler Wohn- und Gewerbegebiete mit den Umlandgemeinden gelingen! Denn auch nach der Entwicklung des Pionierquartiers in Speyer Nord, haben wir noch immer ein immenses Flächendefizit (ca. 50 ha) und der Handlungsbedarf - gerade auch für die aktive Entwicklung von Wirtschaftsflächen - ist weiter sehr groß, um eine langfristige Sicherstellung unserer Stadt als Wirtschaftsstandort zu gewährleisten.

Daher wollen wir frühzeitig mit dem Prozess beginnen, auch mit den Nachbargemeinden Römerberg und Dudenhofen Gespräche über die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- und Wohngebietes zu führen um Bedarfe auf beiden Seiten auszuloten. Einen Prüfantrag hierzu werden wir in einer der nächsten Sitzungen in dieses Gremium einbringen.

Das Umland erlebt einen hohen Zuzug an Menschen und Familien. Mehr Zuzug bedeutet auch eine Anpassung der eigenen Infrastruktur und damit einhergehend höhere Investitionen und Kosten.

U. a. Römerberg plant dahingehend eine neue Ortsumgehung und eine Erweiterung seiner Gewerbeflächen, um die neuen Herausforderungen der wachsenden Gemeinde finanziell darstellen zu können. Der Zeitpunkt Gespräche über ein solches Vorhaben aufzunehmen, könnte nicht besser sein.

Auch das Polygongelände rückt hierbei immer mehr in den Fokus der Flächenentwicklung und der Landesbetrieb Mobilität (LBM) wie auch das Speyerer Tierheim soll darauf künftig zu finden sein. Auch hier fordern wir die Verwaltung auf, umsetzbare Planungsszenarien aufzuzeigen, wie auch weitere Flächen auf diesem Gelände – umweltverträglich - entwickelt und genutzt werden könnten.

Aktuell haben wir an freien nutzbaren Flächen wenig zu bieten und konnten gerade in den vergangenen Jahren vielen ansiedlungswilligen Gewerbetreibenden nicht gerecht werden und mussten diese auf andere Städte und Gemeinden verweisen.

Daher muss auch der Weg zur Belegung von freien Grundstücken ein anderer sein, als der, den die Verwaltung u. a. in der Causa THW zu gehen vermag, nämlich sachorientiert und offen!

Eine Vielzahl von gelisteten Interessenten hat Bedarf an Gewerbeflächen. Die Quantität an Interessenten sollte allerdings nicht das einzige Hauptaugenmerk im Bereich der Wirtschaftsförderung und Grundstückbelegung sein, sondern auch die Qualität, welche ein Bewerber mitbringt. Hierunter verstehen wir u. a. die Menge und Qualität an Arbeitsplätzen, Gewerbesteuerereinkünfte oder auch Emissionen.

Nicht nur die Aufstellung eines Kriterienkataloges ist daher längst überfällig, auch die Dringlichkeit der Umsetzung unserer langjährigen Forderung, nämlich eine zielgerichtete, strukturierte und personell schlagkräftig ausgestattete Wirtschaftsförderung aufzustellen, muss nun in eine Form gegossen werden!

Wir fordern umgehend eine sichergestellte und ordentliche Unterstützung der Gewerbetreibenden und dieses kann nur mit einer Neuausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderung in Verbindung mit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Speyer (WES) künftig vernünftig umgesetzt werden.

Lediglich Ihr Satz – Frau Oberbürgermeisterin – ich zitiere:

„Pluspunkte bei Unternehmen wie Bürgerinnen und Bürgern erzielt eine Stadt insbesondere auch mit guter Infrastruktur und zielgerichteter Wirtschaftsförderung“,

bringt uns leider keinen Deut weiter und setzt auch keinen Impuls.

Hier müssen nun endlich entsprechende Taten und Ergebnisse folgen!!!

Der Personalbedarf wächst, der Stellenplan damit ebenso, allerdings nur einseitig. Unter anderem soll in den Bereichen wie EDV, Musikschule, Straßenreinigung oder auch Ordnungsbehörde neues Personal eingestellt werden. Wiederholt vermissen wir allerdings auch personelle Investitionen in die strategische und wirtschaftliche Ausrichtung und sehen diese Entwicklung mehr als kritisch, wie vorgenannt gerade auf den Punkt gebracht.

Lassen Sie mich noch kurz Ausführungen zu den anstehenden Planungen rund um den Innenstadtbereich machen:

Gerade der stationäre Einzelhandel sowie Hotels, leiden massiv hinsichtlich der aktuellen Situation. Damit sich das Leid aber nicht über die Zeit der Pandemie hinaus verschlimmert, müssen wir unseren Fokus extrem auf den Erhalt einer attraktiven Innenstadt, mit attraktiven Erlebnisflächen und guter Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit richten, gerade hinsichtlich der anstehenden Planungsschritte zur Umgestaltung des Postplatzes, der Verkehrsführung und die Neugestaltung des künftigen ÖPNV's. Auch unser Ansinnen zur Aufnahme des Planungsprozesses zum Bau einer weiteren Rheinquerung zur Salierbrücke, welches wir bereits Anfang dieses Jahres mit einem Prüfantrag in den Rat einbringen wollten, werden wir weiter verfolgen und brachten dieses Thema auch mit einem Antrag auf Bezirks- und Landesebene ein!

Die innerstädtischen Gewerbetreibenden müssen sich weiterhin erfolgreich behaupten können und ein attraktiver Angebotsmix gerade auch bei Anker-Filialisten ist nur mit einer attraktiven Innenstadt gewährleistet.

Zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und zur Steigerung der Attraktivität halten wir weiter an unserer Forderung nach Parkraum am Stadtrand mit Zubringerbussen u. a. auf dem Bereich des neu zu entwickelnden Pionierquartiers Speyer Nord und dem Polygongelände im Süden fest, sowie an der Wiedereinführung der kleinen Cityshuttle mit kurzem Takt – Unsere Forderung als FDP für die Mobilität im Innenstadtbereich!

Loben möchte ich aber auch Ihr klares Bekenntnis zum Verkehrslandeplatz Speyer – Frau Oberbürgermeisterin - welcher sich in den vergangenen Jahren überaus positiv entwickelt hat und sich wirtschaftlich auf einem sehr guten Weg befindet und in Speyer sowie der dazugehörigen Metropolregion Rhein-Neckar seinen Platz gefunden hat.

Namhafte Unternehmen haben sich in der vergangenen Zeit dort niedergelassen und mitunter Millionensummen in Ihre Unternehmung investiert.

Nun wieder Debatten über eine Schließung in über 20 Jahren zu diskutieren ist nicht nur kontraproduktiv, sondern auch ein negatives Signal für die unternehmerische Ausrichtung der dortigen Betriebe. Wir unterstützen eine vernünftige und für unsere Stadt passende Entwicklung dieses Platzes und Debatten über eine Schließung – wann auch immer – sollten nun endlich der Vergangenheit angehören!

Es gäbe eine Vielzahl weiterer Themen zu kommentieren, anhand der aktuellen Lage komme ich aber zum Resümee der FDP ...

Meine Damen und Herren,

eine Risikovorsorge ist dringend umzusetzen, da sich nun auch bewahrheitet, dass die Effekte welche die bisherige Politik stützten – zum einen die überaus gute Konjunktur und zum anderen die Nullzinspolitik der EZB – durch vielerlei weltweite Unsicherheiten nicht mehr abzuschätzen sind.

Wir fordern nun konkrete politische Anstrengungen und einen vernünftigen Sparwillen um ordentlichere Ergebnisse für die Zukunft darstellen zu können. Gerade für schlechte Zeiten, müssen wir uns einen Handlungsspielraum erarbeiten!

Aktuell ist jedoch unverändert festzustellen, dass trotz hoher konjunktureller Einnahmen über viele Jahre, eine konstante und gezielte Entschuldung nicht stattgefunden hat.

Der Wille, hin zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt und Maßnahmen welche einen solchen Willen vereinen, lassen sich auch bei der aktuell eingeschlagenen Politik nicht erkennen, was auch unweigerlich zum drastischen Abbau des Eigenkapitals führt. Einschnitte in die Substanz wären somit nur noch eine Frage der Zeit.

Wir geben offen zu, dass uns das vorliegende Ergebnis sichtlich enttäuscht.

Dennoch – Frau Oberbürgermeisterin – wären wir bereit, die absolut sensible Lage, wie auch Ihr überaus großes persönliches Engagement zur Pandemiebekämpfung und deren Eindämmung anzuerkennen und Ihnen wie auch der gesamten Verwaltung gerade in dieser – mit Verlaub – „beschissenen“ Zeit unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen, in dem wir den Haushalt 2021 unterstützen würden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Beschluss ohne die für uns unrealistischen Mehrungen im Gewerbesteuerbereich – wie von der Kooperation gefordert – getroffen wird. Alles andere schadet erheblich der Glaubwürdigkeit und Akzeptanz!

Speyer hat bewiesen, dass es zusammenhält und wir sind davon überzeugt, dass Speyer künftig auch mehr kann! Wir setzen uns jedenfalls dafür ein ...

Mein herzlicher Dank geht an den gesamten Stadtvorstand für deren hohen persönlichen Einsatz und die angenehme sowie gute Zusammenarbeit.

Ebenfalls mein herzlicher Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts und die darüber hinausgehende Zusammenarbeit, ein Dankeschön an meine Ratskollegin Bianca Hofmann, ein Danke an unseren Kreisverband und last but not least Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit.

Kommen Sie alle weitestgehend unbeschadet durch die kommende Zeit.

Mike Oehlmann - Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten SPEYER – FDP

Speyer, den 17.12.2020

Freie  **FDP**
Demokraten